

ANFRAGE von Peter Marti (SVP, Winterthur)

betreffend Verbot des Direktversandes von Heilmitteln

Medienberichten konnte entnommen werden, dass der Regierungsrat die Heilmittelverordnung revidiert hat und darin den Versandhandel mit Arzneimitteln ausdrücklich verbieten will. Die bestehende Gesetzeslücke sei im "Interesse der Arzneimittelsicherheit und aus Gründen des Patientenschutzes" geschlossen worden (NZZ vom 9.10.97). Demgegenüber hat Frau Bundesrätin Dreifuss kürzlich erklärt, man sei auf eidg. Ebene daran, den Direktversand von Heilmitteln wegen der ständig steigenden Medikamentenpreise, mithin zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, einzuführen.

In diesem Zusammenhang stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen, für deren Beantwortung ich bestens danke:

1. Wieviele Kantone kennen ein Verbot des Versandhandels mit Arzneimitteln?
2. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass die Bestrebungen auf eidg. Ebene genau in die Gegenrichtung laufen, als dies die Regierung nunmehr mit der Revision der Heilmittelverordnung anstrebt?
3. Was sind die Gründe, die den Regierungsrat zum Erlass eines ausdrücklichen Verbotes des Arzneimittelversandes bewogen haben?
4. Hat der Regierungsrat vor der entsprechenden Revision eine Vernehmlassung durchgeführt? Mit welchem Resultat?
5. Trifft es zu, dass sich verschiedene Patientenorganisationen, z.B. die Patientenstelle Zürich (diese vertreten logischerweise die Interessen der Patientinnen und Patienten) ausdrücklich gegen ein solches Verbot ausgesprochen haben?
6. Wie kommt es, dass der Regierungsrat "Gründe des Patientenschutzes" in den Vordergrund schiebt, wenn offenbar Patientenorganisationen in Wahrung der Patienteninteressen gegen ein solches Verbot Stellung genommen haben?
7. Trifft es zu, dass die Apothekervereinigung (logischerweise) für ein solches Verbot votiert hat?
8. Ist dem Regierungsrat bekannt, wieviele Patientinnen und Patienten durch das genannte Verbot betroffen werden, wenn sie die Medikamente nicht mehr über einen Versandhandel beziehen können?
9. Wieviel könnte im Gesundheitswesen eingespart werden, wenn der Versandhandel zugelassen würde?
10. Ist der Regierungsrat bereit, seinen Entscheid im Hinblick auf die Dämpfung der Gesundheitskosten nochmals zu überdenken? Wenn nein: weshalb nicht?

Peter Marti

